

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten, aus den Schnelligkeiten unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Beibringung 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichende Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 16. März.

Deutscher Reichstag.

192. Plenarsitzung vom 16. März, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden.
Abg. Spahn: Meine Freunde meinen, daß der Vertrag einer kommissarischen Beratung nicht bedarf, sondern gleich in zweiter Lesung hier im Plenum erledigt werden kann. Der Vertrag entspricht der ganzen neueren Entwicklung und den meisten übrigen neueren Verträgen.

Abg. v. Marquardsen erklärt, sich dem anschließen zu können. Ebenso bemerkt Abg. von Bülow, der Vertrag bedeute einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden.

Damit schließt die erste Lesung.
In zweiter Lesung wird der Vertrag ohne bemerkenswerte Debatten genehmigt.

Es folgt das Auswanderungsgesetz.
Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt empfiehlt die Vorlage unter kurzem Hinweis auf die Motive, hauptsächlich betonend, ein solches Gesetz sei keineswegs überflüssig, wenn auch die Eingaben des Ueberfahrtsbüros durch die Hamburger und Bremer Gesandtschaft hinreichend geregelt seien. Für das Reich bleibe im nationalen Interesse noch das vorbereitende Stadium zu regeln, sowie die Lenkung der Auswanderung, von gewissen Zielen ab und nach anderen Zielen hin, je nach deren Gegebenheiten. Eine Beschränkung der Schutzbereiche werde von Reichs wegen erst zu fördern sein, wenn dazu die Voraussetzungen gegeben sein würden. In naher Zeit sei das aber noch nicht zu erwarten.

Abg. Gaffke (nat.) beantragte Verweisung der Vorlage an eine Kommission, anerkennend, daß die Vorlage das beste, was zunächst verlangt werden müsse. Sie entspreche im Allgemeinen allen Wünschen, namentlich der Forderung, daß das Interesse des Reiches nicht aufhöre, wenn jemand die Grenzen des Reiches überschreite. Der Entwurf entspreche aber auch kolonialpolitisch den berechtigten Wünschen, und zu bedauern sei nur, daß ein ähnlicher Entwurf nicht schon 1880 vorgelegt worden sei. In ganz unberechtigt Weise treten aber, wie er da bemerken müsse, die Motive allen denen entgegen, welche ganz Südamerika Nordamerika gegenüberstellen. Es habe bisher Niemand in solcher Weise generalisirt, vielmehr gehe es sich eigentlich gerade seitens der Reichsregierung. Zu wünschen wäre, daß die Rechte und Pflichten der Ausgewanderten geregelt würden, im Sinne der Erleichterung der Ableitung der Wehrpflicht. In anerkannter Weise sorgfältiger Weise würden im Entwurf die Grundsätze über das Beförderungswesen festgelegt, wobei die Einzelheiten der Ausführung sehr richtig den Einzelstaaten überlassen würden. Jedoch werde zwischen den einzelnen Unternehmern und den Abreisegesellschaften nicht reinlich genug geschieden. Auch werde bei den eigenthümlichen Verhältnissen in unserm Westen und Südwesten auch den ausländischen Gesellschaften in dem Gesetz mehr Rechnung zu tragen sein. § 7 lasse einwirken die sog. indirekte Beförderung noch zu; es werde zu erwägen sein, ob sie nicht ganz auszuschließen sei. Der Auswanderungs-Vertrag des Reichs-Letzlers sei etwas locker konstruirt, er sei eigentlich nur begünstigend gedacht. Es sei auch hier

zu erwägen, ob der Vertrag nicht mit weiteren Rechten auszustatten sei. Eine besonders glückliche Idee sei die über die Lenkung der Auswanderungen möglichst nach gewissen Gebieten. Einem Gelehe über die Auswanderung nach unseren Schutzbereichen würden wir uns auf die Dauer doch nicht entziehen können. Ebenso bedürfte es eines Gesetzes über die Einwanderung.

Abg. Spahn (Str.) stimmt der Verweisung der Vorlage an eine Kommission zu. Einer Regelung bedürfte auch die Rückwanderung, wieder in die Heimat. Ob die Bestimmungen über das Konfessionswesen richtig getroffen seien, bedürfte noch sorgfältiger Prüfung in der Kommission. Mit Freuden begrüße er die Einrichtung des Reichsraths. Ueber sonstige Einzelheiten wolle er sich nicht äußern, sein Bedenken müsse er aber darin äußern, daß eine Vorrichtung fehle, welche die Kommission 1878 in das damalige Gesetz hineingearbeitet habe, nämlich das Unternehmen, welche Auswanderer bei sich aufnehmen, entsprechend sorgfältige Einrichtungen, die der Kontrolle unterliegen, zu treffen haben.

Abg. v. Bülow (nat.) ist mit dem Entwurf im Allgemeinen einverstanden und lobt namentlich die Beschränkung, welche sich die Regierung dabei auferlegt habe. Etwas zu weit schiene ihm das dem Reichstanzler gewährte fiskalische Ermessen — beim Konfessionswesen — zu gehen.

Abg. Freese (fr. Bg.): Der Entwurf will die Auswanderung lenken, von ungeeigneten Zielen ab und nach geeigneten Zielen hin. Wie soll das aber geschehen? Für geeignete Ziele hält man die Gebiete, wo sich der Deutsche im Ausland erhält und womöglich seinen Bedarf aus Deutschland deckt. Aber wie wollen Sie Sicherheit schaffen, daß das geschieht. Und dabei wollen Sie dem Reichstanzler volles Ermessen geben, einen Unternehmer für die Auswanderung nach bestimmten Gebieten zu konfessionieren oder nicht. Das ist für mich und meine Freunde unannehmbar. Sie behaupten, daß Sie die Freiheit der Auswanderung nicht einschränken wollen, aber mit diesem Ermessen des Reichstanzlers schaffen Sie doch die Gefahr, daß eine solche Beschränkung der Auswanderungsfreiheit eintritt. Das kann von den besten moralischen und wirtschaftlichen Folgen sein. Auch leisten Sie damit unter Umständen der Auswanderung über England Vorstoß, denn unsere Grenze zu überschreiten, um von England aus auszuwandern, können Sie Niemand hindern. Von dem Willen des Reichstags kann ich mir Erprießliches nicht versprechen, denn seine Stellung gegenüber dem Reichstanzler, ist eine zu milde. In § 7 wollen Sie die indirekte Auswanderung von der Erlaubnis des Bundesraths abhängig machen, also auch die Auswanderung über England. Aber wir haben gar keinen Grund, uns aus einem solchen Anlaß mit England schlecht zu stellen. Ich resumire mich dahin, daß die Kommission die Vorlage sorgfältig prüfen müssen und sich besonders zur Aufgabe machen muß, sich § 2 und § 7 genau anzusehen.

Abg. Barth (fr. Bg.) warnt ebenfalls grundsätzlich vor einer staatlichen Lenkung von bestimmten Zielen ab und nach bestimmten Zielen hin. Tages habe früher als angelegentliches Ziel gegolten und sei jetzt ein blühendes Land. Ueberhaupt könne man von keinem Ziele sagen, es sei absolut geeignet oder absolut ungeeignet, vielmehr komme es überall nur auf die Menschen an. Sicher sei doch auch, daß im Allgemeinen die Verhältnisse in Südamerika, wohin man jetzt die Auswanderer lenken möchte, günstiger liegen, als in Nordamerika. Auch wenn unsere Agrarier nicht wünschen, daß unsere Bauern nach Nordamerika gehen und uns dort aus durch Getreidebau Konkurrenz machen, so könne das für den Reichstag kein Grund sein, die Auswanderung von Nord- ab nach Südamerika zu lenken. Die Art, wie der Entwurf das Konfessionswesen regelt, stelle Alles zu sehr in die Willkür der Behörden. Geradezu ins Extrem gehe das vollständig freie Ermessen des Reichstanzlers. Ebenso zu verwerten sei die Art, wie § 7 für die direkte Beförderung geradezu ein Monopol schafft und die Konkurrenz ausländischer Unternehmer ausschließt. In England und Frankreich werde man das schon berücksichtigen und zu Repressalien geneigt sein. Wenn diese sich gegen unsere Schiffsfahrtsunternehmungen richten, wie kann uns das schädigen! Wir haben deshalb ein großes Interesse daran, hier nicht eine Politik der Engstigkeit zu treiben, sondern der Weitzigkeit. Neben händelnd schließlich, daß nicht einmal hergestellt sei, worin Alles unter den Begriff Auswanderer falle.

Abg. Frickert (Antisemit) erklärt, seine Partei begrüße den Entwurf und bedauere nur, daß er so spät komme. Die Bedenken der beiden letzten Vorredner seien übertrieben.

Direktor Reichardt führt noch aus, § 7 schaffe keineswegs ein Monopol. Der 1892er Entwurf habe die ausländische Flagge sogar ganz ausgeschlossen, während der jetzige sie unter Modalitäten zulasse.

Abg. Barth betont nochmals, man solle die Auswanderer sich selbst überlassen; dieselben würden allein und am besten wissen, wohin sie sich wenden sollten.

Nach kurzer Entgegnung Direktor Reichardts schließt die Debatte und die Vorlage geht an eine besondere Kommission.

Darauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Nordhoff betreffend die Häder-Verordnung; dann Antrag Arenberg (Ver. Zeitz).

Schluß 5 Uhr.

E. L. Berlin, 16. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Plenar-Sitzung vom 16. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Bredel und Kommissarien.

In Fortsetzung der 2. Staatslesung tritt das Haus in die Spezialberatung des Etats der Handel- und Gewerbeverwaltung ein.

Bei dem Einnahme-Titel: „Einnahmen von den Navigationskanälen“ werden die Petitionen des Kreis-Ausschusses und des Magistrats zu

Memel berathen: der geplanten Aufhebung der Memeler Navigationskanäle nicht zuzustimmen. Die Budgetkommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung dahin, daß von der Aufhebung der Kanäle in Memel und Embden im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand genommen werden möge.

Vom Magistrat zu Embden ist dahin petitionirt, die erforderlichen Mittel zur Beibehaltung der Embdener Navigationskanäle in den Etat einzustellen und deren fernere Bewilligung zu beantragen.

Reg.-Komm. Geh. Rath v. d. Hagen bittet, die Resolution der Kommission abzulehnen. Die Zahl der Schüler in den beiden Anstalten gehe beständig zurück, es bestünde für dieselben kein Bedürfnis.

Die Abg. Müller, Schmieding und Dueck (nat.) bitten um Annahme des Kommissionsbeschlusses; der Rückgang der Schülerzahl sei nur eine vorübergehende Erscheinung. — Das Haus genehmigt die Kommissionsanträge.

Bei dem Einnahme-Titel „Baugewerkschaften“ tritt

Abg. Jellisch (L) für Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises im Baugewerbe ein, bleibt aber bei seinen weiteren Ausführungen im Einzelnen unverständlich.

Abg. Dr. Glatzfelder (Str.) glaubt, daß über den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe so ziemlich Einmütigkeit hier im Hause herrsche, derselbe sei übrigens Reichs Sache. Der Titel wird beibehalten, desgleichen fast debattelos der Rest der Einnahmen.

Bei dem Ausgabe-Titel „Ministergehalt“ werden

die Angriffe, die neulich, wenige Tage vor seiner Wahl, Abg. Drömel gegen ihn gerichtet, vielleicht um noch einen Einfluß auf diese Wahl zu üben. (Widerspruch links, Auf rechts: Alles möglich!) Jedenfalls hätten diese Angriffe ihm (Rebner) nicht gekleidet, auch die Kaufleute unter den Wahlmännern hätten ihm ihre Stimmen gegeben. Die Wahl beweise, daß man im Lande an der gegängelten Kampfesweise der Preussischen keinen Gefallen mehr finde, die dadurch nur noch mehr an Bedeutung verlieren würden. (Beifall rechts.) Rebner erzählt dann, daß die Vernehmung von Maklern der Stettiner Börse namens der Pommerischen Landwirtschaftskammer von Herrn von Knebel-Dörerbis vorgenommen worden sei, der leider noch krank an den Folgen einer Operation darniederliege, ihm aber brieflich zugesichert habe, die Namen der betr. Makler, soweit er daran nicht durch sein Diskretionsversprechen verhindert sei, zu nennen. Nun sei ein Direktor Vorberg, ein angesehener Stettiner Kaufmann, gestern hier gewesen und habe ihm in Gegenwart einiger anderen Herren Folgendes erklärt: er sei bei der Vernehmung zweier Makler zugegen gewesen; der eine derselben habe sich bereit erklärt, seinen Namen nennen zu lassen, wenn der andere dies auch seinerseits zugebe; dieser aber habe diese Zustimmung auf das entschiedenste zurückgewiesen mit der Begründung, daß dann seine Existenz in der Oberstraße (an der Stettiner Börse) ruiniert wäre. (Hört! hört! rechts.) Wie können also die Vorsteher der Stettiner Börse dazu, zu behaupten, es sei kein Makler seitens der Landwirtschaftskammer vernommen worden! (Beifall rechts.) Wenn er (Rebner) der Stettiner Börse falsche Notierungen vorgeworfen habe, so sei dies ja doch vollständig erwiesen (Zustimmung rechts), aber er habe damit nur sagen wollen, die Preisnotierungen waren objektiv falsch; die Vorsteher aber hätten es ganz willkürlich so dargestellt, als habe er ihnen subjektive Fälschungen vorgeworfen, und um dies glaubhaft zu machen, einen anderen Satz der Eingabe der Landwirtschaftskammer an den Kriegsminister herangezogen, wo ganz ausdrücklich nur von einer Marktwertfälschung durch die Händler, nicht durch die Börsenorgane die Rede sei. Diese Unterstellung, die von ihm auch alsbald zurückgewiesen worden sei, entspreche ganz der Kampfesweise des „Schugverbandes gegen agrarische Uebergriffe“. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Drömel dann davon gesprochen habe, den Vorstehern der Kaufmannschaft würde, wenn der Minister die Sache nicht unterdrücke, schließlich nichts anderes übrig bleiben, als in die Öffentlichkeit des Gerichts zu flüchten (Geheiß rechts), also wohl ihn und die Landwirtschaftskammer so stark zu beleidigen, daß sie gezwungen, die Vorsteher zu verklagen, so erinnere ihn das doch sehr daran, daß ein Händler einmal — in seiner Augen — gedroht habe, einen seiner Regimentskamaraden zu verklagen, weil dieser ein Pferd, das ihm der Händler verkaufen wollte, „ein gemeines Thier“ genannt. (Große Heiterkeit.) Durch solche Drohungen, die mit den bürgerlichen Ehrgegriffen nicht im Einklang ständen, werde er sich nicht einschließen lassen. (Beifall rechts.) Es werde ja auf die jetzige Zeit des Kampfes auch wieder eine Zeit des Friedens folgen. Die Herren sollten sich aber doch selbst sagen, daß auch die Landwirtschaftskammer berufen seien, die Regierung in der Ausführung des Börsengesetzes zu unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Geyern (nat.): Ich stehe mitten im kaufmännischen Leben, es ist mir aber niemals eingefallen, durch das Vorgehen gegen die Auswüchse des Börsenhandels die Ehre des ganzen Kaufmannstandes für verlegt zu erachten (Sehr richtig! im Zentrum und rechts), für Angriffe in Volksversammlungen steht diese Ehre zu hoch. (Beifall links.) Auswüchse waren vorhanden, die Kaufmannschaft selbst mußte ihre Befähigung nachweisen, und daraus ist die Börsenregulierung hervorgegangen. Derselbe ist dann freilich, in Ankenntnis der thatsächlichen Verhältnisse und aus Neid der Provinzialbörse gegen Berlin, vielfach über das Ziel hinausgeschossen. Bei der feindseligen Haltung der Landwirtschaft gegen den Handel war allerdings von der Entsendung von Vertretern der Landwirtschaft in den Börsenvorstand nichts Gutes zu erwarten. Daher die Auflösung der Produktbörse, sehr zum Schaden gerade der Landwirtschaft — wie der fortwährende Auf beweis: Schafft uns die Produktbörse wieder, wir können sie nicht entbehren. (Sehr gut! links.) Wie Sie aus diesem Wirrwarr herauskommen wollen, ohne eine Minderheitsregierung des Börsengesetzes zu beantragen, weiß ich nicht. Sie können doch

Niemand zwingen, an die Börse zu gehen und dort Geschäfte zu machen, ebenso wie Sie wohl ein Pferd an den Fluß führen, aber nicht zwingen können, Wasser zu trinken. (Geheiß links.) Den Organen des „Bundes der Bauwirtschaft“ dürften Sie ebenfalls empfehlen, ihre fortgesetzten Deformationen gegen den Handel zu unterlassen. — Rebner kommt dann auf unseren großen überfälligen Handel zu sprechen und vermischt die dazu nöthige „Herrschaft zur See“ in bedauerlichem Maße. Die Abstriche der Budgetkommission des Reichstages am Marineetat hätten deshalb in Handelskreisen die größte Entrüstung hervorgerufen. (Widerspruch.) Der Abg. Dr. Lieber habe die Ablehnung nur mit finanziellen Bedenken motivirt, während die Finanzlage des Reichs doch eine sehr günstige sei. Glaube aber Dr. Lieber die 12 Millionen für das Reich nicht entbehren zu können, so könne Preußen sie ihm ja anbieten, um so diesem „armen Mann“ unter die Arme zu greifen. Ein solcher Antrag würde hier zweifellos einstimmige Annahme finden. (Widerspruch im Zentrum.) Das Zentrum könne sich ja auch noch befehen. Offensichtlich würden die anderen Einzelanträge dann diesem Beispiel folgen.

Abg. Drömel (fr. Bg.) zweifelt, ob Herr von Geyern damit seiner Sache genügt habe. Das beste gerade noch, die Einzelanträge zu Nichten über unsere Reichsinstitutionen zu machen! Rebner stellt dann ein Schreiben der Vorsteher der Stettiner Kaufmannschaft mit, monach der Handelsminister denselben auf Grund der Untersuchung erklärt, daß sich kein Anhalt dafür ergeben habe, daß die Preisnotierungen an der Stettiner Börse in nicht richtiger Weise erfolgt seien. (Zurufe rechts: War gar nicht behauptet!) Während Graf Schwerin noch immer mit anonymen Gewährsmännern operire, könne er den Namen des einzigen Maklers — Apofant — nennen, der nicht eine Vernehmung, sondern eine ganz harmlose Unterhaltung mit Herrn v. Knebel gehabt und darin nichts von dem, was ihm untergeordnet werde, gesagt haben wolle. Ihm (Rebner) sei es übrigens nicht eingefallen, zu sagen, die Vorsteher würden nöthigenfalls Herrn v. Schwerin so stark beleidigen, daß dieser gerichtlich vorgehen müßte, sondern er habe nur geäußert, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn auch einmal „ein Mitglied“ der Kaufmannschaft das Verfahren der Landwirtschaftskammer so stark kennzeichnete (Hör! Hör! links und rechts), daß diese es als eine Beleidigung auffassen könnte. Daß er aber den Vorstehern etwas unterlegt hätte, was mit den bürgerlichen Ehrgegriffen nicht im Einklang stände, müßte er mit Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall links, Auf rechts.) Die Stettiner Börsenordnung würde einen Theil des bürgerlichen Handels vernichten und damit auch den Ausbau des Freihandels gefährden, er bitte daher um Abänderung der Börsenordnung. (Beifall links.)

Handelsminister Bredel: Ich verstehe aus den Akten des Landwirtschaftsministers die Gutachten der betreffenden beiden Makler, woraus hervorgeht, daß manche Geschäfte nicht zur Kenntnis des Börsenkommissars kamen, also bei der amtlichen Preisnotierung in Stettin nicht zum Ausdruck gelangten. (Hört! hört! rechts.) Darum habe er die Stettiner Vorsteher dahin beschieden, daß der Börsenkommissar keinen Vorwurf auf sich geladen habe. Andererseits verhebe er, wie Graf Schwerin darauf zu der Auffassung gekommen, daß hier objektiv falsche Preisnotierungen vorliegen. Der ganze Streit sei darnach aber jedenfalls nur noch so unbedeutend, daß er den Herren Graf Schwerin und Drömel nur rathe könne, ihn zu begraben. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Kanitz (L) dankt dem Minister für diese objektive Auskunft, betont, daß solche Zustände wie in Stettin auch an anderen Börsen herrschten, wünscht Mittheilung über die Behandlung der Feinpalast-Börse und sucht dann nachzuweisen, daß die Aufhebung des Terminhandels nicht verschleiernd auf den Weltmarktpreis für Getreide wirke.

Handelsminister Bredel: Die Berichte der Staatskommission über die Frage der „freien“ Produktbörse sind noch nicht alle eingegangen; soweit sie eingegangen sind, habe ich sie den Oberpräsidenten vorgelegt mit dem Ersuchen, nach Anhörung der landmännlichen Vertreter sich gutachtlich zu äußern. Diese Berichte liegen noch nicht vor. Ich möchte aber bitten, den Ausgang, den diese Sache nehmen wird, in seiner Bedeutung nicht zu überschätzen. Denn was kann der Ausgang sein? Entweder sind die „freien Vereinigungen“ keine Börsen, dann werden sie aufgelöst. Damit sind aber die Produktbörse noch nicht wiederhergestellt. (Sehr richtig! links.) Dazu bedarf es einer Verständigung zwischen den streitenden Theilen; ohne diese wäre es thatsächlich nicht möglich, das Börsengesetz auszuführen. Während des Winters war das Geschäft in den „freien Vereinigungen“ ja naturgemäß sehr gering, aber es wird zunehmen und damit auch das Bedürfnis nach einer Verständigung stärker werden. Und dazu giebt das Gesetz der Verwaltung einen breiten Spielraum; am mir soll es nicht fehlen, auf eine Verständigung hinzuwirken. Am besten ist es in diesem Augenblick also wohl, die Agitationen in Zeitartikeln, Interpellationen u. s. w. ruhen zu lassen. Daran müssen sich die Handelskreise allerdings auch gewöhnen: der Terminhandel ist nun einmal todt! (Beifall rechts.) Man kann nicht ein Gesetz heute erlassen und morgen wieder abschaffen. (Erneuter Beifall.) Hat sich der Handel erst darin gefunden, seine Geschäfte auch ohne Terminhandel zu machen, so wird auch bald auf neuer Grundlage die Produktbörse wieder erscheinen. (Beifall rechts.)

Sodann verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung, Antrag Seydewitz, Befähigungsbefähigung der Geistlichen, Antrag Birkow betr. Komptabilitätsgezet.

Schluß 4 Uhr.

Zur Bewegung auf Kreta.

Wien, 16. März. In hiesigen griechischen Kreisen wird das Gerücht kolportirt, Griechen-land habe heute der Türkei in Folge stati-

Annahme von Einzeigen Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoff, Haackstein & Bogler, G. S. Danne, Invalidentank. Berlin Bernh. Ernst, Mar. Gersmann. Elsebeth W. Thienes, Greifswald G. Mies. Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Kootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Seim. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

gesunder Grenzverletzungen seitens türkischer Truppen den Krieg erklärt.

Triest, 16. März. Nach einer Meldung aus Athen hat heute die Flotille Kretas begonnen.

Toulon, 16. März. Das bereitgestellte Kontingent von 600 Mann Marine-Infanterie wird auf einem Kreuzer nach Kreta abgehen.
London, 16. März. „Daily Chronicle“ erzählt, daß die Admirale der Großmächte den griechischen Behörden auf Kreta vor Beginn der Flotille entscheidende Vorstellungen machten. Nach einer Meldung der „Times“ aus Konstantinopel vom 15. d. Mts. hätten bis jetzt 62 Bataillone aus den Häfen Kleinasien Rodosta (Teflirbagh) erreicht. Das türkische Heer unter Marschall Ehemet Pascha bei Kassona bestesse aus 60 000 Mann mit 200 Geschützen. Wie dasselbe Blatt aus sicherer Quelle aus Athen vom gestrigen Tage erzählt, nehme man dort an, daß die türkischen Truppen die Grenze überschreiten würden.

Belgrad, 15. März. In Berat, Sandjak von Janina, wurden zahlreiche Aufrufe zum Kampfe gegen die Türken beschlaggenommen; die Währung unter den Albanesen ist im Wachsen begriffen.

Belgrad, 16. März. Der Metropolit Michael besah allen Kisten, Vorbereitungen zu treffen, um im Kriegsfall Verwundete aufnehmen zu können.

Konstantinopel, 15. März. Der Vorsteher wurde von einer Wiener Gruppe eine Anleihe offerirt, sie lehnte jedoch in Folge zu schwerer Bedingungen definitiv ab. Dafür hat man die Unterhandlungen mit der Pariser Gruppe wieder aufgenommen.

Saloniki, 16. März. Die Meldung der „Afta“, die Eisenbahnbrücke über den Bardar-Fluß bei Saloniki sei durch Dynamit in dem Augenblick gesprengt worden, als ein Zug mit 3000 türkischen Soldaten über dieselbe fuhr, ist vollständig aus der Luft gegriffen; es ist bisher nicht einmal ein Versuch zur Beschädigung der Bahn gemacht worden. Beide Bahnen, Saloniki-Monastir und Orientbahn, sind durchwegs intakt und militärisch bewacht. Militärische Transporte gehen anstandslos von Station.

Kanea, 15. März. (Meldung der „Agence Havas“.) Am Bord des russischen Panzerschiffes „Sesol Welik“ ereignete sich eine furchtbare Explosion. Fünfzehn Mann wurden getödtet, darunter zwei Offiziere. Mehrere andere Mannschaften wurden schwer verwundet. Die Explosion erfolgte heute Nachmittag 2 Uhr zwischen Kefino und der Suba-Bai bei einer Schießübung. Der letzte Schuß sollte abgegeben werden; das Geschöß wurde in das Geschütz des Panzerthurms eingeseßt; in demselben Augenblick erfolgte die Explosion und die Bedachung des Panzerthurms im Gewicht von 6000 Kilogramm flog in die Luft. Die eine Hälfte fiel ins Meer, die andere flog über die Kaufriede hinweg auf die Kommandobrücke und zerschmetterte fünfzehn Mann. In dem Panzerthurm wurden weitere fünfzehn Mann durch das das Bodenstück des Geschößes schwer verwundet. Unter den Getödteten befinden sich neun Offiziere. Von dem Kriegsschiff „Admiral Charner“ war alsbald Hilfe zur Stelle; von allen Schiffen wurden Ärzte zur Pflege der Verwundeten abgeandt. Die Verunglückten sind bis zur Unkenntlichkeit entstell. Die Todten werden morgen in Suba beerdigt werden.

Kanea, 16. März. Vor Kiffamos trafen die Kriegsschiffe ein und drohten mit Beschießung, falls der Kampf fortgesetzt würde. Hierauf nahmen die Aufständigen einen flüchtigen Waffenstillstand an, unter der Bedingung, daß die Türken Kiffamos verlassen. (Privat-Telegramm.)

Athen, 16. März. Weitere 4000 Mann Truppen sind gestern unter den Jurenen „Es lebe der Krieg“, „es lebe der König“ nach der Grenze abgegangen.

Athen, 16. März. Ein von der Kammer angenommenes Gesetz mobilisirt das stehende Heer, gestattet, die Reserve über 40 Tage bei den Fahnen zu halten, was ohne Kriegsfall sonst unmöglich ist. (Privat-Telegramm.)

Deutschland.

Berlin, 16. März. Unter den beim Reichstage eingehenden Petitionen befinden sich auch verschiedene, die sich auf Änderungen der Kreis-Einteilung der Orte und des Verwaltungsbezirk beziehen. Sie sind vielfach von Gemeindevertretungen eingereicht und in der Annahme übergeben, daß der Gesetzentwurf über die Kreis-Einteilung der Orte und den Verwaltungsbezirk noch in der laufenden Tagung im Reichstage zur Verhandlung gelangen wird. Diese Annahme wird durch die Thatsachen ihre Bestätigung erfahren. Der genannte Gesetzentwurf ist in den Bundesthatsausschüssen soweit gefördert, daß er in einer nicht zu fernem Zeit an das Bundesrathspräsidenten gelangen wird. Hier wird er zu längeren Erörterungen keinen Anlaß bieten, sobald erwartet werden darf, er werde noch vor Oftern an den Reichstag weitergegeben werden können.

Die im Bereiche des dritten Armeekorps zu bildenden zwei neuen Infanterie-Regimenter werden nicht in der Provinz Brandenburg bleiben, sondern an die Ostgrenze gelegt werden. Wie die „Schl. Ztg.“ hört, wird die Garnison von Königsberg i. Pr. zum 1. April um die aus dem vierten Bataillon des dritten Armeekorps gebildeten Infanterie-Regimenter Nr. 150 und Nr. 151 vergrößert werden. Diese werden vorläufig in Baroden und in den Forts Quartiere beziehen und später Allenstein als Garnison erhalten. Dem jetzt dort stehenden Grenadier-Regiment Nr. 4 wird dann Rastenburg als Standort angewiesen werden.

Der Abg. Dr. Gammacher hat in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages die Einbringung eines Gesetzent-

ROMAN VON GOLDMAR URBAN.

Book:

Vermiethungs-Anzeiger

des Stettiner Grundbesitzer-Vereins.

01-80 804